



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Raum 4341

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann.wk01@bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann.wk02@bundestag.de

Bericht aus Berlin 01/2017

Berlin, 18. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns liegt ein entscheidendes Jahr für die Zukunft unseres Landes. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden unsere liberale und soziale Demokratie entschlossen verteidigen. Wir stellen uns denjenigen entgegen, die unsere Gesellschaft spalten und Menschen gegeneinander aufhetzen wollen. Das ist unsere klare Botschaft an die anti-europäische Rechte, die in Koblenz eine Rückkehr zu nationalen Egoisten propagieren will. Es ist gefährlich und widersinnig, wenn rechte Populisten Europa gerade in einer Zeit schwächen wollen, wo wir zu unserer Sicherheit mehr denn je auf die Zusammenarbeit in Europa angewiesen sind.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit

Um unsere Freiheit in einer Zeit gewaltiger Umbrüche zu bewahren, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der verlässlich für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt. Einen Staat, der vor Altersarmut genauso schützt wie vor Kriminalität und Terror. Der Wohlstand schafft und gerecht verteilt. Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb 2017 gemeinsam mit unseren sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern weiter treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit in unserem Land sein. Nur in einer sicheren Gesellschaft kann soziale Gerechtigkeit wachsen - und umgekehrt.

Wir wollen, dass echte Leistung besser anerkannt wird. Deshalb fordern wir, die steuerlichen Privilegien für Einkommen aus Kapital in Form der Abgeltungsteuer abzuschaffen. Wer arbeitet, muss derzeit mehr Steuern zahlen als wer sein Geld für sich arbeiten lässt. Wir finden: Mit dieser Ungerechtigkeit muss endlich Schluss sein!



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Viele in unserem Land empfinden es zudem zu Recht als unanständig, wenn ein Manager das Hundertfache eines Facharbeiters verdient und üppige Pensionen einstreicht, während im Unternehmen gleichzeitig Jobs gestrichen werden. Bei der Vergütung von Managern sind Maß und Mitte verloren gegangen. Wir wollen daher, dass Unternehmen Prämien und Boni über 500.000 Euro nicht mehr länger von der Steuer absetzen können.

Familien und Alleinerziehende müssen die Unterstützung bekommen, die sie verdienen. Deshalb wollen wir Eltern, die ihre Arbeitszeit reduzieren und sich mehr um ihre Familie kümmern möchten, mit einem Familiengeld unterstützen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein. Derzeit müssen Väter und Mütter am frühen Nachmittag zur Kita hetzen oder sie können nur halbtags arbeiten, weil die Grundschule keine Nachmittagsbetreuung anbietet. Das muss der Vergangenheit angehören!

Überschüsse: Vorrang für Investitionen in Bildung und schnelles Internet

Der Bund hat 2016 vor allem aufgrund der guten Wirtschaftslage erneut ein Haushaltsplus erzielt. Wir wollen den Menschen nun zurückgeben, was sie durch harte Arbeit selbst erwirtschaftet haben. Auch das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür aus, die Überschüsse gezielt in Bildung, gute Verkehrswege und schnelles Internet zu investieren. Damit schaffen wir das Fundament für künftigen Wohlstand und Arbeitsplätze.

Für uns ist klar: Wir wollen nachfolgenden Generationen so wenig Schulden wie möglich hinterlassen. Aber daraus darf kein Selbstzweck werden. Denn wir schulden unseren Kindern schon heute gute Startchancen ins Leben - durch moderne Schulen, ausreichend Kita-Plätze und Ganztagsbetreuung. Viele sind tagtäglich mit maroden Schulen oder Straßen konfrontiert und erwarten zu Recht, dass der Staat jetzt handelt und vernünftig investiert.

Öffentliche Sicherheit: Für einen starken, handlungsfähigen Staat

Kein Staat auf der Welt kann absolute Sicherheit garantieren. Aber der Staat muss alles ihm Mögliche unternehmen, um Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten. Angesichts der Terrorgefahr handeln wir ebenso besonnen wie entschlossen. Wo es notwendig ist, schließen wir Rechtslücken. Daneben müssen aber Polizei und Sicherheitsbehörden besser ausgestattet und die Präventionsarbeit verstärkt werden. Diese drei Elemente sind die Säulen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Der Deutsche Bundestag hat in den zurückliegenden Monaten die gesetzlichen Grundlagen für die Terrorbekämpfung verbessert und auf Druck der SPD mehr Stellen bei Bundespolizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt haben sich die Regierungsfractionen nun darauf verständigt, dass der Fall durch eine Ermittlergruppe (Task Force) im Parlamentarischen Kontrollgremium aufgeklärt werden soll. Anschließend



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

werden wir entscheiden, ob und ggf. welche weiteren Sicherheitslücken geschlossen werden müssen.

Bereits heute steht fest: Wir brauchen eine konsequentere Gangart gegenüber sogenannten Gefährdern. Ausreisepflichtige Gefährder müssen schnellstmöglich abgeschoben werden und gehören bis dahin in Gewahrsam. Deshalb erleichtern wir die Abschiebehaft für Gefährder: Sie soll künftig bereits dann möglich sein, wenn von der Person eine erhebliche terroristische Gefahr ausgeht. Zudem schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen, um nicht-ausreisepflichtige Gefährder wirksamer zu überwachen (z.B. durch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln).

Die Herkunftsländer abgelehnter Asylbewerber müssen im Rahmen von Rücknahmeabkommen zudem stärker in die Pflicht genommen werden. Länder, die kooperieren, sollten wir künftig mehr als bisher unterstützen. Wer sich dagegen einer Zusammenarbeit verweigert, der muss mit wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen rechnen.

Extremismus entschlossen bekämpfen

Wir sagen dem Extremismus den Kampf an, egal von welcher Seite er kommt. Tatsache ist: Viele islamistische Gefährder besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft oder werden erst in Deutschland radikalisiert. Deshalb ist Präventionsarbeit entscheidend. Salafistische, radikal-islamistische Moscheen müssen geschlossen und Hassprediger ausgewiesen werden. Genauso wichtig ist, dass wir die Zusammenarbeit mit den vielen friedlichen Moscheegemeinden deutlich verstärken. Für uns sind das keine Gegensätze, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher eine fachübergreifende Arbeitsgruppe „Öffentliche Sicherheit und Prävention“ eingesetzt, um eine Offensive gegen radikalen Islamismus mit gezielten Präventionsmaßnahmen zu verbinden.

Wir werden aber auch unseren Kampf gegen den rechten Extremismus mit aller Entschiedenheit fortsetzen.

Wir begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der NPD bestätigt hat. Das Urteil zeigt aber auch: Die rechtlichen Hürden für ein Parteienverbot liegen in Deutschland sehr hoch. Letztlich haben die Richterinnen und Richter die NPD als zu unbedeutend eingeschätzt, als dass ein Verbot gerechtfertigt wäre. Das Urteil macht deutlich: Der Kampf gegen rechts kann nicht in den Gerichtssälen, sondern nur in den Köpfen gewonnen werden. Die Entscheidung ist für uns deshalb Ansporn, weiter eine klare Haltung gegen rechte Hetze zu zeigen. Rassismus und Menschenverachtung haben keinen Platz in unserem Land!

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. ZUR WOCHE

TOP 3: Ländliche Regionen stärken

Diese Woche beraten wir den Zweiten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume. Darin geht es neben den übergreifenden Themen Demografie, Finanzen und bürgerschaftliches Engagement um drei Handlungsfelder: 1. Wohnen, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, 2. Regionale Wirtschaft und Arbeit sowie 3. Landnutzung, natürliche Ressourcen und Erholung. Der Bericht enthält neben einem Ausblick auch Informationen zu Förderprogrammen und Vorhaben, die ihre Wurzeln unter anderem im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern haben. Dazu gehören das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) und die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). So kann zum Beispiel die Grundversorgung in ländlichen Regionen gestärkt werden, da jetzt auch Investitionen in Mehrfunktionenhäuser und in Kleinstunternehmen unterstützt werden. Wir haben in den vergangenen Jahren für eine deutliche Mittelaufstockung der Programme gesorgt. Der Bundesanteil an den GAK-Mitteln ist in den vergangenen vier Jahren erheblich erhöht worden, von 575 Millionen Euro auf 665 Millionen Euro. Das BULE hat mittlerweile einen Umfang von 55 Millionen (2015 mit 10 Millionen gestartet). Ebenfalls in der GAK sind nochmal 100 Millionen Euro für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes enthalten.

TOP 4: Zugang zu Cannabisarzneimitteln für Schwerkranke erleichtern

Das Gesetz, das wir in dieser Woche abschließend beraten, regelt die Verkehrs- und Verschreibungsfähigkeit von Arzneimitteln auf Cannabisbasis wie z.B. getrockneten Cannabisblüten (Medizinalhanf). Im Laufe des parlamentarischen Verfahrens konnten wir den Zugang für schwerwiegend und chronisch erkrankte Patienten nochmals erleichtern. Neben dem Vorliegen fehlender Therapiealternativen kann nun der behandelnde Arzt eine Verschreibung auch zu einem früheren Zeitpunkt begründet veranlassen. Zukünftig ist die Kostenübernahme von Cannabisprodukten durch die gesetzliche Krankenversicherung sichergestellt.

TOP 5: Sportbericht der Bundesregierung

Der 13. Sportbericht der Bundesregierung fasst die wichtigsten sportpolitischen Entwicklungen von 2010 bis 2013 zusammen und zieht eine sportpolitische Bilanz der Bundesregierung in diesem Zeitraum. Der Bericht ist Grundlage für die weitere Sportentwicklung und -förderung in Deutschland. Mit dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen setzen wir uns dafür ein, den Reformprozess zur Neuausrichtung der Spitzensportförderung durch eine perspektiv- und potentialbezogene Förderung der Athletinnen und Athleten fortzusetzen und leistungsfähige Förderstrukturen im Spitzensport konsequent und zielgerichtet voranzutreiben. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf; die Potentiale der Digitalisierung und Technisierung bei der Förderung des Spitzensports stärker zu nutzen und dabei wegweisende Projekte beim Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) sowie beim Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) voranzubringen. Außerdem wollen wir die Inklusion im Allgemeinen und den Leistungssport von Menschen mit Behinderung im Besonderen weiterhin intensiv fördern und dabei auch die Nachwuchsgewinnung forcieren. Im Anschluss an die bisher erreichten Verbesserungen im Bereich der „Dualen Karriere“ fordern wir die Bundesregierung zudem auf, sich für weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von schulischer, akademischer, beruflicher und sportlicher Karriere einzusetzen.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

TOP 7: Bundesarchiv nutzerfreundlicher gestalten

Das Bundesarchiv nimmt in Deutschland die Aufgaben eines Nationalarchivs wahr. Dort werden die Unterlagen des Bundes und seiner Rechtsvorgänger gesichert, nutzbar gemacht und der Wissenschaft zur Verfügung gestellt. Mit der im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgeschlagenen Modernisierung des Bundesarchivgesetzes aus dem Jahre 1988 wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt. So soll das Bundearchiv in Zeiten des digitalen Wandels nutzer- und wissenschaftsfreundlicher werden. Hierzu sieht das geplante Gesetz insbesondere vor, die Schutzfristen für Archivgut des Bundes mit personenbezogenen Daten von 30 Jahren nach Tod der jeweiligen Person auf zehn Jahre zu verkürzen. Darüber hinaus ist u.a. vorgesehen, dass Bundesbehörden ihre Unterlagen nun nach spätestens 30 Jahren dem Bundesarchiv zur Übernahme anbieten müssen. Künftig wird das Bundesarchiv auch elektronische Unterlagen annehmen und ein digitales Zwischenarchiv errichten. Damit werden die Voraussetzungen für die im E-Government-Gesetz vorgesehen Einführung der elektronischen Aktenführung geschaffen.

TOP 9: Vereinsgesetz ändern

Vereinigungen, insbesondere im Bereich der kriminellen Rockergruppierungen, können einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität, wie zum Beispiel Menschenhandel und Drogengeschäfte, bieten. Dem soll des Vereinsgesetzes vorsieht. Künftig sollen Kennzeichen verbotener Vereinigungen sowie solche, die mit denen eines bereits verbotenen Vereins im Zusammenhang stehen, von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht mehr genutzt werden dürfen.

TOP 11: Verbraucherschutz für Pauschalreisende verbessern

Mit der Neufassung der EU-Pauschalreiserichtlinie, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in nationales Recht umgesetzt werden soll, wird das Pauschalreiserecht insbesondere auch hinsichtlich der zunehmenden Buchung von Reisen über das Internet modernisiert und angepasst. Ziel ist es, den Verbraucherschutz auch für Reisende zu erhöhen, die auf diesem Weg Angebote buchen. Zudem sollen damit faire Wettbewerbsbedingungen im Reisemarkt zwischen Online-Anbietern und Reisebüros erhalten bleiben. Reisen mit gemeinnützigem Charakter, die nur gelegentlich stattfinden und nicht der Gewinnerzielung dienen, bleiben weiterhin vom Geltungsbereich einer Pauschalreiserichtlinie ausgenommen.

TOP 15: Zollverwaltung neu organisieren

Mit dem geplanten Gesetz soll die im Jahr 2000 begonnene Strukturentwicklung des Zolls fortgesetzt werden. Vorgesehen ist, eine Generalzolldirektion einzurichten, die die Zollverwaltung bundesweit leiten soll. In dieser Generalzolldirektion sollen die Aufgaben der Bundesfinanzdirektionen, des Zollkriminalamtes sowie Teile der Aufgaben der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung des Bundesministeriums der Finanzen zusammengeführt werden. Die Struktur der Ortsebene der Zollverwaltung bleibt unberührt, an den bisherigen Standorten der Mittelbehörden sollen Dienstsitze geführt werden. Mit der Neuorganisation will die Bundesregierung Zuständigkeiten bündeln, Entscheidungs- und Informationswege straffen und dadurch die Effizienz der Zollverwaltung verbessern.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

TOP 19: Insolvenzverfahren an europäische Vorgaben ausrichten

Der Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung beraten, sieht Anpassungen des nationalen Verfahrensrechts vor, die durch die Neufassung der europäischen Verordnung über Insolvenzverfahren erforderlich sind. Er enthält insbesondere Bestimmungen zu den in der Neufassung erstmals vorgesehenen Rechtsbehelfen und gerichtlichen Entscheidungen, zur örtlichen Zuständigkeit bei sogenannten Annexverfahren, zu verfahrensrechtlichen Einzelheiten der „synthetischen“ Abwicklung von Sekundärinsolvenzverfahren und zu Einzelfragen bei der Bewältigung der Insolvenz der Mitglieder von Unternehmensgruppen.

TOP 21: Den Zusammenhalt der europäischen Union sichern

In einer vereinbarten Debatte diskutieren wir im Plenum das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017. Zentrale Themen der maltesischen Ratspräsidentschaft in den nächsten sechs Monaten werden die beginnenden Brexit-Verhandlungen und die Sicherheits- und Flüchtlingsfragen sein.

TOP 22: MINUSMA-Mission in Mali fortsetzen

Die Bundesregierung will auf Bitte der Vereinten Nationen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) fortsetzen und erweitern. Die Sicherheitslage in Mali ist weiterhin angespannt. Zu den Kernaufgaben der Mission gehört, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen. Dafür soll die Mandatsobergrenze bei 650 Soldatinnen und Soldaten bleiben. Zusätzlich beabsichtigt die Bundesregierung beginnend ab März 2017 und befristet bis zum Ende des ersten Halbjahres 2018 ein Hubschrauberkontingent nach Gao zu entsenden. Dafür sind bis zu 350 weitere Soldatinnen und Soldaten erforderlich, so dass insgesamt bis zu 1.000 Soldatinnen und Soldaten für MINUSMA eingesetzt werden sollen.

TOP 23: Irak im Kampf gegen den IS durch Ausbildungsmission unterstützen

Diese Woche beraten wir den Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Seit Beginn der multinationalen Ausbildung hat die Bundeswehr gemeinsam mit internationalen Partnern bereits über 12.000 Sicherheitskräfte im Nord-Irak ausgebildet. Die Ausbildungsunterstützung erfolgt weiterhin auf Bitten und im Einverständnis mit der Regierung des Irak sowie der Regierung der Region Kurdistan-Irak und ist ein wichtiger Pfeiler im Kampf gegen den IS. Sie findet im Rahmen und nach Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes statt. Deutschland folgt hiermit verschiedenen Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates. Trotz territorialer Verluste im Irak und in Syrien geht von der Terrororganisation IS weiterhin eine signifikante Bedrohung aus. Die militärischen Unterstützungsmaßnahmen bleiben eingebettet in einen ganzheitlichen politischen Ansatz. Hierzu gehören humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Die Mandatsobergrenze soll bei 150 Soldatinnen und Soldaten bleiben. Der Einsatz ist bis zum 31. Januar 2018 befristet.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

TOP 25: Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten

Diese Woche beraten wir die Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten. Der Wehrbeauftragte informiert mit seinem Jahresbericht den Deutschen Bundestag über den inneren Zustand der Bundeswehr und gibt Auskunft über die Zahl der Eingaben von Soldaten und die Truppenbesuche im Berichtszeitraum. Das Berichtsjahr 2015 war geprägt von einsatzgleichen Verpflichtungen wie der schnellen Speerspitze der NATO und der öffentlich geführten Debatte über Qualität und Quantität der Ausstattung. Hinzu kam die zivile Amtshilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise im signifikanten Umfang. Dabei ist deutlich geworden, dass die Bundeswehr personell und materiell in einigen Bereichen ihr Limit erreicht hat. Viele Eingaben spiegeln auch Probleme wider, die sich aufgrund einer hohen Zahl von Wochenendpendlern ergeben, und der Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Soldaten heute deutlich über dem einer Wehrpflichtarmee liegt. In der Beschlussempfehlung weisen wir u. a. darauf hin, dass dringender Nachbesserungsbedarf bei der Infrastruktur der Bundeswehrliegenschaften besteht und dass Probleme bei der ausreichenden und adäquaten Ausstattung von Soldaten und Soldatinnen mit Bekleidung auftreten.

TOP 26: Friedens- und Konfliktforschung stärken

Die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland leistet bereits seit Jahrzehnten wichtige Beiträge zur weltweiten Konfliktprävention und Friedenssicherung. Angesichts der zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung dazu auf, die Friedens- und Konfliktforschung gezielt zu fördern und ihre Ergebnisse durch geeignete Maßnahmen noch stärker in die Arbeit der Bundesregierung einfließen zu lassen. Auch sollte zeitnah eine Evaluierung des Forschungsfelds unter Einbeziehung aller relevanten deutschen Einrichtungen in Auftrag gegeben werden.